

Forderungspapier des arbeit für alle e.V.

Demokratie lebt von sozialer Sicherheit, gesellschaftlicher Teilhabe und Zukunftsperspektiven. Doch derzeit erleben wir eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft sowie das Erstarken rechtsextremer und insgesamt demokratiefeindlicher Tendenzen. Gleichzeitig verschärft sich der gesellschaftliche Ton. Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, werden zunehmend stigmatisiert. Debatten um die Neue Grundsicherung, vermeintliche „Lifestyle-Teilzeit“ oder pauschale Zweifel an der Leistungsbereitschaft junger Menschen fördern Misstrauen und gesellschaftliche Spaltung, statt Solidarität zu stärken.

Dabei ist klar: Der Sozialstaat ist kein Luxus, sondern Grundpfeiler unserer Demokratie. Artikel 20 Absatz 1 des Grundgesetzes beschreibt die Bundesrepublik Deutschland als „demokratischen und sozialen Bundesstaat“. Soziale Sicherheit, gerechte Teilhabechancen und verlässliche Unterstützungssysteme sind zentrale Voraussetzungen für gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Stabilität. Die aktuellen Zahlen des Berufsbildungsberichts zeigen wieder einmal deutlich: Noch immer gelingt vielen jungen Menschen der direkte Einstieg in Ausbildung nicht. Tausende verbleiben im Übergangssystem, erleben Unsicherheit, Warteschleifen oder Ausbildungsabbrüche. Gleichzeitig suchen Betriebe händeringend Fachkräfte. Dieses Missverhältnis gefährdet individuelle Zukunftschancen ebenso wie den gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirtschaftliches Wachstum.

Wir fordern daher:

Sorgen junger Menschen ernst nehmen

Junge Menschen brauchen politische Entscheidungen, die ihre tatsächlichen Lebenslagen berücksichtigen. Zukunftsängste, psychische Belastungen, Armutserfahrungen und Unsicherheiten dürfen nicht individualisiert oder gegeneinander ausgespielt werden. Politik muss junge Menschen beteiligen, ihre Perspektiven ernst nehmen und gesellschaftliche Spaltung aktiv verhindern. Politische Verantwortungsträger*innen müssen sich als Hüter*innen der Demokratie verstehen, statt zu polarisieren. Demokratie wird geschwächt, wenn Menschen gegeneinander ausgespielt oder Gruppen stigmatisiert werden.

Echte Perspektiven schaffen

Die Regierung muss echte Perspektiven für junge Menschen schaffen. Dafür braucht es ein gerechtes, verständliches und verlässliches Unterstützungssystem beim Übergang von Schule in Ausbildung und Beruf, das eine modulare Ausbildung stärkt und eine individuelle Unterstützung ermöglicht.

Zusammenarbeit auf Augenhöhe

Freie Träger der Jugendsozialarbeit und Jugendberufshilfe leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Begleitung junger Menschen. Sie kennen die Lebensrealitäten vor Ort, schaffen Vertrauen und ermöglichen individuelle Unterstützung. Deshalb müssen freie Träger auch weiterhin als gleichberechtigte Kooperationspartner*innen im Zusammenspiel der Systeme anerkannt und eingebunden werden.

Unser Ansatz:

Wir sind überzeugt: Ein starker Sozialstaat, gerechte Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe für alle jungen Menschen sind zentrale Voraussetzungen für eine solidarische und demokratische Gesellschaft. Junge Menschen brauchen Sicherheit, Unterstützung und echte Perspektiven, nicht Ausgrenzung und Misstrauen.

Deshalb fordern wir: arbeit für alle. Perspektive für alle.

Der Vorstand des arbeit für alle e.V.

arbeit

für

alle